

FACHPOLITIK

POSITION BEZIEHEN

Neue Bundesregierung: Und was bedeutet das für Kinder, Jugendliche und ihre Familien?

*Bettina Stobbe,
pfv-Vorstandsmitglied*

Unter dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ haben die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 24.11.2021 ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Neben den großen Herausforderungen in Sachen Klimaschutz und Digitalisierung wird auch der Bereich der Bildung und Forschung als ein Schwerpunkt gesehen, für den im Rahmen der Modernisierung des Landes umfassende Investitionen erfolgen müssen.

Gleichzeitig verpflichten sich die Fraktionen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu sichern und gleichberechtigte Teilhabe für alle voranzubringen. Dabei sollen alle Menschen – unabhängig ihrer Herkunft – beste Bildungschancen haben, Teilhabe und Aufstieg ermöglicht und durch eine inklusive Bildung gesichert werden.

Im Kapitel V werden die Ziele für die einzelnen Arbeitsfelder und Themengebiete näher beschrieben. Dabei verpflichtet sich die neue Bundesregierung, **die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern und gleichzeitig den Kinderschutz zu stärken**. Außerdem soll eine engere und verbindliche Kooperation aller Ebenen und die damit verbundene Verantwortungsgemeinschaft zu einer neuen Kultur in der Bildungszusammenarbeit führen. Ziel ist, sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und Qualität, Leistungsfähigkeit und

Weiterentwicklung des Bildungswesens zu stärken.

Für den Bereich der **frühen Bildung** streben die Regierungsfractionen bis Ende der Legislaturperiode an, gemeinsam mit den Ländern ein Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards einzuführen, welches insbesondere die Verbesserung der Betreuungsrelation, Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot fokussiert. Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ soll verstetigt und der Einsatz von digitalen Medien in der frühkindlichen Bildung und die Förderung der Medienkompetenz gestärkt werden. **Der Ausbau der Ganztagsangebote** soll auf der Basis eines **länderübergreifenden Qualitätsrahmens** vorangebracht werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffende Entscheidungen, die **Stärkung ihrer Rechte** durch Aufnahme in das Grundgesetz und der Auf- und Ausbau von selbstbestimmten Kinder- und Jugendparlamenten sowie Beteiligungsnetzwerken bilden zentrale Aussagen des Papiers und damit politische Handlungsschwerpunkte für die kommenden Jahre. Darüber hinaus soll durch mehr Prävention die Stärkung des Kinderschutzes erreicht und auf eine kindersensible Justiz hingewirkt werden.

Um das Ziel **einer inklusiven Jugendhilfe** zu erreichen, sollen im Rahmen eines Beteiligungsprozesses der Länder, Kommunen und Verbände notwendige Grundlagen zur Anpassung im SGB VIII erarbeitet und in der laufenden Legislaturperiode gesetzlich geregelt werden. Gleichzeitig ist geplant, über Modellprojekte die gesetzliche Regelung im SGB VIII zu den Verfahrenslotsen, die für Eltern von Kindern mit

Behinderungen eine Unterstützung zur Sicherstellung ihrer Rechtsansprüche darstellt und die Zusammenführung der Jugendhilfe- und Eingliederungshilfeleistungen unterstützen soll, früher als geplant auf den Weg zu bringen.

Neben diesen Vorhaben sind auch Ziele zur **Weiterentwicklung des Erzieher*innenberufs und der Sicherung des Fachkräftebedarfs** formuliert. Gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren soll eine Gesamtstrategie entwickelt und ein bundesweiter Rahmen für die Ausbildung geschaffen werden. Die Ausbildung soll vergütet und generell schulgeldfrei sein. Dabei sollen die praxisintegrierte (Anmerkung: nicht zu verwechseln mit der tätigkeitsbegleitenden!) Ausbildung ausgebaut sowie **horizontale und vertikale Karrierewege** geschaffen, und gleichzeitig hochwertige Fortbildungsmaßnahmen gefördert und der Quereinstieg erleichtert werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung ihrem eigenen Anspruch und damit dem Titel des Koalitionsvertrages gerecht wird. Allen Akteuren in der frühen Bildung, politisch Verantwortlichen, Verbänden wie auch pädagogischen Fachkräften zeigt dieser Koalitionsvertrag, dass sich individuelles und gemeinsames Engagement lohnt. Denn egal ob Bundesqualitätsgesetz, Stärkung der Rechte von Kindern, Ausrichtung auf eine inklusive Jugendhilfe oder auch innovative Ansätze zur Attraktivitätssteigerung des Berufsfelds für pädagogische Fachkräfte: alles ist drin!

In diesem Sinn möchte ich alle Leserinnen und Leser ermutigen, sich auch zukünftig für die Belange von Kindern und Jugendlichen sowie gute Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung zu engagieren.



**Wie schätzen Sie den
Koalitionsvertrag ein?
Diskutieren Sie mit der Autorin
Kontakt: betstobbe@aol.com**

